



### Presseschau vom 12.10.2015:

Quellen: *Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru*, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, Inr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a.* sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondentT* und die Online-Zeitung *Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind *Nachrichtenquellen aus den neuen ostukrainischen Volksrepubliken in Rot (dnr-online, Inr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.)* und *andere ukrainische Quellen in Blau (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondentT und Timer)* gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe.

### Vormittags:

De.sputniknews.com: Der bisherige weißrussische Präsident Alexander Lukaschenko hat mit 83,49 Prozent der Wählerstimmen die Präsidentenwahl in seinem Land gewonnen, teilte Lidia Jermoschina, Vorsitzende der Zentralen Wahlkommission mit.

Am besten schnitt Lukaschenko im Gebiet Mogiljow ab, wo 88,29 Prozent der Wahlteilnehmer für ihn stimmten, den geringsten Wähleranteil erhielt er mit 65,58 Prozent in Minsk.

Das Wahlergebnis vom Sonntag war bisher das Beste unter den bisherigen: 1994 stimmten 80,6 Prozent für ihn in der Stichwahl, 2001 erhielt er 75,65 Prozent, 2006 kam er auf 83,0 Prozent und 2010 auf 79,65 Prozent der Stimmen.

Die bestplatzierte Gegenkandidatin, Tatjana Korotkewitsch, Aktivistin der Oppositionspartei „Sprich die Wahrheit“, erhielt 4,42 Prozent der Stimmen. Der Chef der Liberaldemokratischen Partei, Sergej Gaidukewitsch, erhielt 3,32 Prozent und der Chef der Patriotischen Partei, Nikolai Ulachowitsch 1,67 Prozent der Wählerstimmen.



<http://cdn1.img.de.sputniknews.com/images/30486/33/304863380.jpg>

De.sputniknews.com: Seinen „vorsichtigen Optimismus“ über die Ausführung der Minsker Vereinbarungen hat der Generalsekretär der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), Lamberto Zannier, geäußert.

Wie in einem Interview für die Tageszeitung „Kommersant“ feststellte, wird der vom 1. September an vereinbarte Waffenstillstand weitgehend eingehalten. Darauf angesprochen, ob eine Verlängerung der Minsker Vereinbarungen über 2015 hinaus unvermeidlich ist, sagte Zannier: „Angesichts der jüngsten Ereignisse und der Notwendigkeit, Wahlen in einigen Regionen der Gebiete Donezk und Lugansk in Übereinstimmung mit den ukrainischen Gesetzen vorzubereiten, wird es nicht einfach sein, den in Minsk vereinbarten Zeitplan einzuhalten.“

Wenn aber alle Seiten politischen Willen zur Umsetzung aller Bestimmungen der Minsker Abkommen an den Tag legen, würde eine abgestimmte Änderung der Termine „das Voranschreiten zur Regelung dieses Konflikts nicht behindern“, meinte er.

Beide Konfliktseiten konstatieren, dass der am 1. September in der Region Donbass in Kraft getretene Waffenstillstand eingehalten wird. Ende September wurde ein Abkommen über den Abzug von Waffen mit einem Kaliber unter 100 mm und von Panzern von der Trennlinie unterzeichnet. Dieser Prozess soll schrittweise erfolgen. Die Behörden der selbsterklärten Volksrepublik Lugansk begannen am 3. Oktober mit dem Waffenabzug. Am 5. Oktober begannen die Streitkräfte der Ukraine damit. Die Behörden der Volksrepublik Donezk teilten mit, in der 2. Oktoberhälfte mit dem Waffenabzug beginnen zu wollen.

Dnr-news.com: In Lvov ging Ende September humanitäre Hilfe aus Deutschland im Wert von mehr als 350 Tausend Griwna verloren, die für die Bedürfnisse der Bevölkerung der Zone "ATO" gedacht war. Dies erklärte der Pressedienst der regionalen Polizei.

"An die Polizei des Shevchenko-Bezirks wandte sich eine 46-jährige Bewohnerin von Cherson, die in der Privatwirtschaft tätig ist. Sie sagte, dass Ende September in Lvov Betrüger sich Waren im Wert von mehr als 350 Tausend Griwna aneigneten", hieß es in der Erklärung.

Es geht humanitäre Hilfe, die aus Deutschland kommt. Sie enthält 500 Rollen Dachpappe, mehr als 60 Pakete Waschmittel, 50 Beutel mit Second-Hand-Kleidung, mehrere Fahrräder, eine Waschmaschine u.a..

All diese Dinge, so die Bewohnerin von Cherson, beschlagnahmte der Direktor eines Lvover Verbandes unter dem Vorwand, diese "humanitäre Hilfe" für die Bedürfnisse der Bevölkerung in den Bereich der "ATO" zu schicken.

Jetzt überprüfen die Strafverfolgungsbehörden die in der Anzeige angegebenen Tatsachen und ermitteln, wohin die Dinge verschwunden sind, die aus dem Ausland gesendet wurden. Evtl. wird ein Strafverfahren eröffnet-



[http://dnr-news.com/uploads/posts/2015-10/1444637359\\_f\\_6221340321410620722.jpg](http://dnr-news.com/uploads/posts/2015-10/1444637359_f_6221340321410620722.jpg)

De.sputniknews.com: Die russischen Behörden haben nach eigenen Angaben einen Terroranschlag in Moskau vereitelt. Am Sonntag berichtete das Nationale Anti-Terror-Komitee von der Festnahme einer 15-köpfigen Bande. Laut inoffiziellen Informationen befinden sich drei Syrer unter den Verdächtigen.

Die Bande sei in einer Wohnung im Süden der Hauptstadt aufgespürt worden; dort sei eine selbst gemachte Bombe sichergestellt worden, teilte das Anti-Terror-Komitee mit.

Die Zeitung „MK“ berichtete am Montag unter Berufung auf Ermittlungskreise, dass drei der mutmaßlichen Terroristen syrische Bürger seien. Die anderen stammten aus dem Nordkaukasus.

Die russische Luftwaffe fliegt seit dem 30. September Angriffe gegen den IS in Syrien und konnte die Infrastruktur dieser Terrormiliz bereits weitgehend zerstören. Hunderte Dschihadisten wurden getötet. Nach syrischen Angaben sind bereits Tausende IS-Terroristen aus Syrien geflohen.



<http://cdn1.img.de.sputniknews.com/images/30486/57/304865744.jpg>

Dan-news.info: Die Siedlung Oktjabrskij – eher lebendig als tot

Die Siedlung Oktjabrskij, die im Kujbyschewskij-Bezirk am nordwestlichen Rand von Donezk liegt, war während der aktiven Kämpfe einer der am meisten angespannten Teile der frontnahen Zone der DVR.

Jetzt, mit dem Eintritt einer Waffenruhe, sieht die Siedlung wie zuvor praktisch leer aus. Die hier gebliebenen Einwohner gehen hauptsächlich nur zu einer mobilen Verkaufsstelle, die in

der ersten Tageshälfte kommt. Sie arbeitet nicht lang, das Warensortiment ist bescheiden, so dass die Menschen oft den zwei Kilometer langen Weg zum Bahnhof gehen, dort gibt es einen besser ausgestatteten Markt. Geschäfte arbeiten in der Siedlung bisher nicht.

Aber dennoch ist es in Oktjabrskij besser geworden, seit dem 1. September ist es tatsächlich ruhig. Genauer, relativ ruhig: am Samstag, den 10. Oktober, wurde von den ukrainischen Positionen wieder mit Granatwerfern auf die Siedlung geschossen. Nach den Worten des Leiters des Kujbyschewskij-Bezirks Iwan Prichodko ist aufgrund eines Treffers eines Granatgeschosses ein Brand in einem neunstöckigen Haus entstanden. In dem Gebäude selbst wohnte niemand, aber es lag in unmittelbarer Nähe von privaten Wohnhäusern und das Feuer hätte auf andere Gebäude übergreifen können.

„Wir haben alles, nur soll man uns nicht beschießen. Es gibt Wasser, Strom, Gas und Heizung sind auch versprochen“, erzählte die Einwohnerin von Oktjabrskij Nadeshda Pawlowna, die kam, um Brot zu kaufen.

Als Symbol der langsamen, aber, so möchte man glauben, unausweichlichen Rückkehr des friedlichen Lebens, sind in der Siedlung zwei Schulen geöffnet – Nr. 50 und Nr. 21. Die kommunalen Dienste haben die meisten der Krater der ukrainischen Geschosse gefüllt: Das städtische Programm „Asphalt in jedem Hof“ ist nicht an Oktjabrskij vorbeigegangen.

Öffentlichen Verkehr gibt es übrigens noch sehr wenig: durch die Siedlung fahren nur zwei Busse, die hier auch während der gesamten Kriegszeit fahren.

De.sputniknews.com: Die Regierung der Ukraine hat in diesem Jahr mehr als 90 Milliarden Griwna (zirka vier Milliarden US-Dollar – d. Red.) für die Festigung der Verteidigungsfähigkeit des Landes bereitgestellt, sagte der Premier des Landes, Arseni Jazenjuk, in einem Interview für die Sendung „Zehn Minuten mit dem Premierminister“.

Die Lieferung von Waffen für die Belange der Armee wird um mehr als das Zehnfache erhöht. „Wir haben die Finanzierung der Verteidigungsausgaben gesichert. Das sind mehrere Dutzend Milliarden Griwna.“

Jazenjuk zufolge hat der staatliche Rüstungskonzern Ukroboronprom die Truppen im Jahr 2015 mit mehr als 4.000 Stück neuer bzw. modernisierter Waffen und Technik versorgt, was um das 36-fache mehr ist als im vorigen Jahr.

Neben der Armeeausrüstung erfolge auch die Erhöhung des Solds für die Teilnehmer am Sondereinsatz im Osten der Ukraine. Vorgesehen sei auch eine Rehabilitierung derjenigen, die aus dem Konfliktraum zurückkehren.

Der Regierungschef fügte hinzu, die Teilnehmer der Sonderoperation müssten den Grundstock für eine neue ukrainische Vertragsarmee bilden. Im Land solle unter anderem ein Korps für operative Reaktion gebildet werden, das gegen die organisierte Kriminalität kämpfen werde.

Ferner erinnerte Jazenjuk daran, dass die US-Regierung die ukrainische Armee mit moderner Technik ausgestattet habe. „Die Zahl der Abwehrmittel wird weiter steigen“, so der ukrainische Regierungschef...



<http://cdn1.img.de.sputniknews.com/images/30429/09/304290978.jpg>

## Nachmittags:

De.sputniknews.com: Die Länder, die der internationalen Ermittlungsgruppe zur Untersuchung des Absturzes der malaysischen Boeing über der Ostukraine angehören, streben nicht mehr die Bildung eines internationalen UN-Tribunals an. Sie besprechen zurzeit Alternativen, erklärte der Botschafter der Niederlande in Moskau, Ron van Dartel, gegenüber RIA Novosti.

Es handelt sich dabei um Australien, die Niederlande, Malaysia, Belgien und die Ukraine. „Russland hat seine Position mit Hilfe eines Vetos sehr klar angedeutet. Dies ist das Ende der Anstrengungen zur Einrichtung des Tribunals (...)“, sagte Van Dartel.

Dem Diplomaten zufolge besprechen die Teilnehmer der Ermittlungsgruppe zurzeit verschiedene Varianten – vom Internationalen Strafgerichtshof bis hin zu einem zwischenstaatlichen Gericht der Mitgliedsländer der Gruppe. Momentan gebe es keine „bedingungslose Priorität, weil sich diese Frage noch im Besprechungsstadium befindet“. Die niederländische Seite plane nicht, die Veröffentlichung des abschließenden Untersuchungsberichtes zum MH17-Absturz in der Südostukraine zu verschieben, zitiert die Agentur Sputnik einen Sprecher des niederländischen Sicherheitsrates. Die Bekanntgabe sei für Dienstag, den 13. Oktober 2015, anberaumt.

Zuvor hatte der Chef der ukrainischen Sicherheitsbehörde SBU, Grigori Ostafijtschuk, erklärt, dass die niederländische Seite vorhabe, den Schlussbericht zum MH17-Absturz im Februar 2016 zu veröffentlichen.

Russland hatte Ende Juli den Resolutionsentwurf zur Einrichtung eines Tribunals zum MH17-Absturz im Osten der Ukraine im UN-Sicherheitsrat mit einem Veto belegt.

Für das Dokument stimmten elf Mitglieder des Weltsicherheitsrates. China, Venezuela und Angola enthielten sich der Stimme. Russland, eines der fünf ständigen Ratsmitglieder, griff auf sein Veto-Recht zurück.

In dem Mitte Juli von Malaysia eingebrachten Resolutionsentwurf ist der Flugzeugabsturz als Bedrohung für den internationalen Frieden und die Sicherheit eingestuft und die Bildung eines internationalen Tribunals zur Heranziehung der Täter zur Verantwortung laut der Uno-Satzung vorgesehen.

Bisher hat der Uno-Sicherheitsrat keine Tribunale zu ähnlichen Situationen gebildet.

Wie der russische Außenminister Sergej Lawrow geäußert hatte, ist schon die Idee der

Bildung eines Tribunals dazu berufen, diejenigen für schuldig zu erklären, die Washington als dafür verantwortlich betrachtet.

Die Boeing 777 der Fluggesellschaft Malaysia Airlines war am 17. Juli 2014 über dem Gebiet Donezk abgestürzt. Alle 298 Insassen kamen dabei ums Leben. Kiew machte die ostukrainische Volkswehr für den Absturz verantwortlich. Diese erwiderte allerdings, dass sie nicht über Waffen verfügen, die Flugzeuge in 10.000 Meter Höhe abschießen könnten.

Dan-news.info: Die Vertreter der Verteidigung der „Antimaidaner“, die massenhafter Unruhen am 2. Mai 2014 beschuldigt werden, hoffen auf eine Milderungen der Sicherungsmaßnahmen für die verbliebenen fünf Angeklagten, die sich noch in Untersuchungshaft befinden, durch das Malinowskij-Bezirksgericht in Odessa. Dies erklärte der Vertreter der Verteidigung, der Rechtsanwalt Kirill Schewtschuk.

„Wir erwarten eine Fortsetzung der Verlesung der Anklageschrift und sehr wahrscheinlich die Behandlung weiterer Anträge zu Änderungen der Sicherungsmaßnahmen für die verbleibenden Angeklagten“, sagte Schewtschuk. „Wir hoffen, dass für sie die Sicherungsmaßnahmen auf Hausarrest geändert werden und sie nach Hause gehen können“.

Derzeit sind nur noch fünf Vertreter des Odessaer „Antimaidan“ in Untersuchungshaft. Noch einmal so viele stehen unter Hausarrest, einschließlich der Bürger der RF. Die übrigen sind in Freiheit. „Wenn man die Tendenz des Gerichts berücksichtigt einen Menschen bei jeder Verhandlungen freizulassen, ist es wahrscheinlich, dass die übrigen Leute auch in den Hausarrest gehen“, fügte Schewtschuk hinzu.

De.sputniknews.com: Kurz vor der Veröffentlichung der niederländischen Untersuchungsergebnisse zum Abschuss einer malaysischen Boeing über der Ukraine wirft Russland einem Zeitungsbericht zufolge den Ermittlern vor, wichtige Daten zu ignorieren. Die malaysische „New Straits Times“ zitiert aus einem Brief, den der Vizechef der russischen Luftfahrtbehörde, Oleg Stortschewoj, am 16. September an die International Civil Aviation Organization (ICAO) gerichtet hatte. Stortschewoj wirft dem zuständigen niederländischen Untersuchungsrat OVV vor, die von Russland vorgelegten „umfassenden Informationen“ zum MH17-Absturz zu ignorieren. Ihren endgültigen Bericht soll die niederländische Behörde am 13. Oktober vorlegen.

Das OVV-Team habe sofort von einem Abschuss durch eine Buk-Rakete gesprochen, ohne davor die Parameter des Projektils in gebührender Weise erforscht zu haben. Das niederländische Gremium habe auch nicht erklärt, mit welchen Methoden und Daten der Ort ermittelt wurde, von dem aus die Rakete abgefeuert worden sein soll, so Stortschewoj nach Angaben der malaysischen Zeitung.

Der russische Konzern Almaz Antey, Hersteller von Buk-Raketen, habe den Niederländern technische Daten und eigene Testergebnisse zur Verfügung gestellt. „All diese detaillierten Angaben wurden vom OVV ignoriert. Als Resultat gelangte der OVV zum Schluss, der dem gesunden Menschenverstand widerspricht und mit der Konstruktion dieses Waffensystems nicht übereinstimmt“, heißt es weiter im Brief.

Laut Stortschewoj schätzen die niederländischen Ermittler die Masse des Sprengkopfes auf höchstens 33 Kilogramm. Dieser soll 3.000 bis 4.000 „präformierte Fragmente“, sogenannte Flechettes, enthalten haben – je 3 Gramm schwer. „Das entspricht einer Buk-Rakete überhaupt nicht“, schreibt Stortschewoj nach Angaben der „New Straits Times“.

Zuvor hatte der russische Raketen-Hersteller zwar einen Absturz durch Buk auch nicht ausgeschlossen. Russland wies aber mehrmals darauf hin, dass bei einer Attacke von der Ortschaft Sneschnoje aus der der Rumpf der Boeing auf eine ganz andere Weise beschädigt worden wäre.

In Sneschnoje hatten sich zum Zeitpunkt des Absturzes bewaffnete Gegner der ukrainischen Armee befunden. Von ukrainischen Behörden und Medien werden sie als Separatisten bzw.

Terroristen bezeichnet.

Überhaupt unterscheidet sich die ukrainische Berichterstattung zu dem Absturz drastisch von dem russischen. So meldete die ukrainische Agentur Unian: „Am 17. Juli 2014 hatten die von Russland unterstützten Separatisten einen Passagierjet der Malaysia Airlines abgeschossen.“ Wladislaw Selesnjow, Sprecher des ukrainischen Generalstabs, sagte: „Nicht zum ersten Mal legt Russland anderen zur Last, was es selbst tut. So war es auch mit der abgeschossenen malaysischen Boeing. Russland versucht, die Verbrechen seines Militärs zu tarnen und die Verantwortung für die Tragödie auf die ukrainischen Streitkräfte abzuwälzen.“

Die russische Onlinezeitung lenta.ru zitierte unterdessen einen russischen Experten, der mit dem Verlauf der Untersuchung vertraut ist, mit den Worten, die niederländische Untersuchungskommission habe nicht darauf geachtet, wie Buk-Raketen durch die ukrainischen Regierungstruppen eingesetzt wurden. Die Ukraine habe über ihre Raketen-Einsätze zum Zeitpunkt der Katastrophe nicht informiert: „Die Funkgespräche der ukrainischen Militärluglotsen wurden ebenfalls nicht analysiert. Der Flugplan der ukrainischen Luftwaffe in jenem Gebiet wurde nicht in Betracht gezogen.“

**Dnr-online: Pressekonferenz des stellvertretenden Kommandeurs der Milizen der DVR  
Eduard Basurin**

**Die Lage in der DVR ist wie zuvor schwierig.**

**„Die ukrainischen Soldaten haben neun Mal das Regime der Feueinstellung verletzt. Mit Artillerie und Granatwerfern des Kalibers 122 und 120mm wurde von den Positionen des 23. einzelnen Panzergrenadierbataillons unter dem Kommando von Major Dmitrij Gerasimenko Grigorjewka, Tawritscheskij und Abakumowo beschossen. Außerdem wurde mit 82mm-Granatwerfern, Schusswaffen und Antipanzergrenatwerfern das Gebiet des „Volvo“-Zentrums von Donezk beschossen.**

**Die ukrainischen Truppen vervollständigen ihre Positionen und Bereiche durch technische Maßnahmen.**

**Nach Informationen unserer Aufklärung wurde in Pestschanoje, 45 km von der Kontaktlinie, die Stationierung von sechs Mehrfachraketenwerfersystemen „Grad“ festgestellt. Die Stationierung von Truppen in sozial bedeutsamen Objekten geht weiter. So wurde im Iljitschewskij-Bezirk, 24 km von der Kontaktlinie, auf dem Territorium des Erholungskomplexes „Olymp“ ein Trainingszentrum des Polizeibataillons für besondere Aufgaben „Asow“ festgestellt. Im Ordshonikidsewskij-Bezirk, 20 km von der Kontaktlinie, wurde ein provisorischer Stationierungspunkt wahrscheinlich von einem Bataillon der Abteilungen der ukrainischen Freiwilligenverbände des „Rechten Sektors“ festgestellt. Trotz der Minsker Vereinbarungen stationiert die ukrainische militärisch-politische Elite weiterhin Kräfte und Mittel an der gesamten Kontaktlinie und versucht ohne Erfolg, jede Art von Provokationen in Bezug auf die Streitkräfte der DVR durchzuführen“, sagte Eduard Basurin.**

De.sputniknews.com: Die Präsidenten Russlands und Weißrusslands, Wladimir Putin und Alexander Lukaschenko, haben laut dem Kreml-Sprecher Dmitri Peskow diverse Aspekte der Einrichtung eines russischen Luftstützpunktes in Weißrussland erörtert.

Dieses Gespräch werde beim bevorstehenden GUS-Gipfel in Astana fortgesetzt, so Peskow. „Dort werden sie eine hervorragende Gelegenheit haben, solche Fragen am Rande des Gipfels zu diskutieren“, fügte er hinzu.

Putin wird am 15. und 16. Oktober Kasachstan besuchen und dort an den Tagungen des Rates der GUS-Staatschefs und des Obersten eurasischen Wirtschaftsrates teilnehmen. Putin hatte Lukaschenko mit einem Glückwunschtelegramm und telefonisch zur Wiederwahl als Präsident Weißrusslands gratuliert, sagte der Pressesekretär des russischen Staatschefs. Am Vortag hatte Lukaschenko mitgeteilt, er wolle mit Putin den Plan für die Einrichtung eines

russischen Luftwaffenstützpunktes in Weißrussland erörtern. Darüber hinaus bekundete er Interesse seines Landes daran, dass Russland den Schutz der weißrussischen Westgrenze, die zugleich die Außengrenze des russisch-weißrussischen Unionsstaates ist, mit Raketen „festigt“.

Dnr-news.com: Der Vorsitzende der Kommunistischen Partei der Ukraine Petro Simonenko sagte am Montag, dass niemand das Recht hatte, dem Donbass aufgrund der Forderungen eines Status der russischen Sprache, der Dezentralisierung der Macht und einer Volksabstimmung den Krieg zu erklären.

„Ich bleibe nach wie vor bei meiner Meinung: Die drei ursprünglichen grundlegenden Forderungen der ukrainischen Bürger, die im Donbass leben - der Status der russischen Sprache, die Dezentralisierung der Macht und eine lokale Volksabstimmung, hätte man prüfen und darauf reagieren müssen. Niemand hat das Recht, dafür gegen sie den Krieg zu erklären. Es gibt hier kein Zusammenhang mit Separatismus“, sagte Simonenko.

Ihm zufolge muss jede Regierung den politischen Willen haben, seine Bürger anzuhören. Simonenko sagte, dass die Kommunisten die bevorstehenden Kommunalwahlen nicht nur dafür nutzen, ihre Vertreter in die Gemeinderäte zu bringen, sondern auch für die Möglichkeit, mit den Menschen zu arbeiten.

Simonenko erklärte auch, dass es kein einziges Urteil gegen Mitglieder der Kommunistischen Partei wegen Separatismus oder Unterstützung von Terroristen gibt, auch wenn nach seinen Worten etwa 400 Strafverfahren eröffnet wurden.

„Die Menschen werden für ihre politische Position verfolgt. Keiner von ihnen trat gegen die territoriale Integrität der Ukraine ein, niemand unterstützte den Terrorismus. Wir sind gegen das gegenwärtige Regime, gegen die Macht der Oligarchen, gegen das offizielle Kiew“, sagte der Chef der Kommunistischen Partei der Ukraine.

Dan-news.info: Die gesellschaftliche Organisation „Molodaja Respublika“ plant eine Analogie zur sowjetischen Pionierbewegung zu schaffen. Dies erklärte heute auf einer Pressekonferenz der Vorsitzende der Organisation Sergej Kondrykinskij.

„Wir diskutieren Entwicklungsvarianten in verschiedene Richtungen, wie dies in den guten sowjetischen Zeiten war – Jungpioniere und Pioniere -, damit wir die Möglichkeit haben mit allen Kindern zu arbeiten, die Initiative zeigen und sich mit gesellschaftlicher Arbeit befassen wollen“, sagte er.

Nach den Worten Kondrykinskijs befindet sich das Projekt zurzeit in Ausarbeitung und seine genaue Benennung ist noch nicht sicher. „Aber damit die Leute verstehen, auf welche Weise die Kette aufgebaut wird, habe ich es auf die alte Weise benannt, wie es früher war“, erklärte Kondrykinskij.

Wir fügen hinzu, dass derzeit in der DVR nur die Union von Pionier- und Pfadfinderorganisationen „Junger Republikaner“ besteht, die unter der Schirmherrschaft des Innenministeriums der DVR gegründet wurde.

De.sputniknews.com: Die Abgeordneten der NATO-Mitgliedsstaaten haben in ihrer Parlamentarischen Versammlung die Regierungen dazu aufgerufen, schärfere Wirtschaftssanktionen gegen Russland zu erwägen. Weitere Strafmaßnahmen sollen verhängt werden, wenn Russland gegen die Waffenruhe im Südosten der Ukraine verstößt, schreibt die Zeitung „Kommersant“ am Montag.

Im Resolutionsentwurf, der bereits morgen auf der Plenarsitzung der Parlamentarischen Versammlung der NATO angenommen werden kann, heißt es zudem, dass die Regierungen der NATO-Länder den wirtschaftlichen Einfluss Russlands mindern sowie die Abhängigkeit Europas von russischem Öl und Gas verringern sollen.

Dabei betonen die Teilnehmer der Parlamentarischen Versammlung, dass der Westen die Kontakte mit Moskau, trotz der Spannungen in der Ukraine und des russischen Militäreinsatzes in Syrien, weiter pflegen will. Im Bericht des Politischen Komitees der Versammlung wird hervorgehoben, dass die NATO-Länder versuchen sollen, die Vision eines einheitlichen und freien Europas, in der Russland eine konstruktive Rolle spielen, zu beleben.

In einem anderen Projektentwurf, der vom Komitee für die Sicherheit der Bürger angenommen wurde, rufen die Abgeordneten die NATO und die EU dazu auf, auf offene Desinformationen der russischen Seite schneller zu reagieren. „Moskau weigert sich ehrlich zu sein, indem es den offenen und pluralistischen Charakter des westlichen Medienmarktes nutzt und die russischen Massenmedien massiv kontrolliert. Es greift zu vollkommen unannehmbaren Methoden“, sagte der polnische Abgeordnete des NATO-Parlaments, Witold Waszczykowski.

Der Resolutionsentwurf enthält außerdem einen Aufruf zu „härteren rechtlichen Maßnahmen“, wie Strafen für Hass-Propaganda und offensichtliche Lügen, sowie die Förderung von hohen Standards im Journalismus und die Unterstützung der Recherchen von Journalisten“.

Dan-news.info: Alle Heizwerke in den Städten und Bezirken der DVR werden bis Ende des Tages in Betrieb genommen. Dies berichtete heute während eines Arbeitsbesuchs in Debalzewo der stellvertretende Minister für Bauwesen und Kommunalwirtschaft Alexandr Kowalenko.

„Gemäß dem Erlass des Oberhauptes der DVR müssen wir am 15. Oktober beginnen. Aber unter Berücksichtigung, dass die Kälte früher eingetreten ist, haben heute einige Städte die Heizung in Betrieb genommen, die übrigen laufen gerade an. Bis zum Ende des Tages planen wir alle Heizwerke anzuwerfen“, sagte Kowalenko.

Nach den Worten des stellvertretenden Ministers ist die Republik derzeit zu 97% für die Heizsaison bereit. In der jetzigen Etappe steht die Aufgabe, bis Ende der Woche die Wohnhäuser mit Wärme zu versorgen. Mit einigen von ihnen gibt es Probleme.

„Es gibt keine Probleme mit den Heizwerken, es gibt ein Problem mit den Anschlüssen der Häuser. Es liegt darin, dass im letzten Winter die Heizwerke nicht funktionierten und das Heizungssystem eingefroren ist“, sagte der stellvertretende Bauminister.

De.sputniknews.com: Moskau schätzt die Arbeit der speziellen OSZE-Beobachtermission in der Ukraine positiv ein, wie der russische Außenminister Sergej Lawrow bei einer Pressekonferenz nach seinen Verhandlungen mit OSZE-Generalsekretär Lamberto Zannier sagte.

„Was die Arbeit der Spezialbeobachter der OSZE betrifft, so haben wir heute das gemeinsame Interesse — sowohl seitens Russlands als auch des OSZE-Generalsekretärs — daran bestätigen können, die Anzahl der Beobachter auf die bereits genehmigte Marke von 1.000 Beobachter aufzustocken“, sagte Lawrow.

„Bislang sind dort ca. 550 Personen eingesetzt. Diese Zahl muss sich verdoppeln, um nun auch die zusätzliche Aufgabe, den Abzug von nun auch leichten Feuerwaffen mit einem Kaliber von bis zu 100 Millimetern zu überprüfen, erfüllen zu können“, fügte der russische Außenminister hinzu.



<http://cdn2.img.de.sputniknews.com/images/30288/72/302887201.jpg>

Lug-info.com: Durch einen Erlass des Oberhauptes der LVR Igor Plotnizkij wurden die Wahlen für die Oberhäupter der Städte und Bezirke vom 1. November 2015 auf den 21. Februar 2016 verlegt.

#### **Abends:**

De.sputniknews.com: Einige Mitglieder der Gruppe, die wegen Planung eines Anschlags in Moskau verhaftet worden ist, hatten nach Angaben des russischen Inlandsgeheimdienstes FSB eine Terrorausbildung in Lagern des Islamischen Staates in Syrien durchlaufen. Am Sonntag hatte das russische Anti-Terror-Komitee von der Festnahme einer 15-köpfigen Bande berichtet, die einen Terroranschlag in Moskau geplant haben soll. Am Montag teilte der FSB mit, die Verdächtigen hätten beim Verhör gestanden, einen Anschlag auf den öffentlichen Verkehr vorbereitet zu haben. Bei der Durchsuchung ihrer Wohnung sei eine einsatzbereite fünf Kilo schwere Bombe sichergestellt worden. Für ihre Entschärfung musste der gesamte Wohnblock geräumt werden.

Ein Teil der Verdächtigen sei in syrischen IS-Lagern ausgebildet worden, jedoch noch vor Beginn der russischen Luftangriffe in Syrien nach Russland gekommen, teilte der FSB mit. Der Geheimdienst wies Informationen zurück, laut denen sich unter den Verdächtigen drei Syrer befänden. Alle Mitglieder der Gruppe seien russischer Bürger.

Dan-news.info: Etwa hundert Einwohner von Charzysk haben sich heute am Gebäude der Charzysker Rohrfabrik versammelt, um ihren Protest über die Versuche des Eigentümerwechsels der Fabrik deutlich zu machen. Dies erklärte die Vertreterin der Protestierenden Alexandra Generosowa.

Auf der Kundgebung waren Beschäftigte der Fabrik, zu ihnen kamen weitere Einwohner. Die Versammelten sind nicht mit der Perspektive der Übernahme des Unternehmens durch den ukrainischen Geschäftsmann Sergej Kurtschenko zufrieden.

„Sie trampeln auf den arbeitenden Menschen herum, wie sie wollen. Und sie machen jetzt weiter. Die Fabrik muss in Staatseigentum übernommen werden“, sagte Generosowa. „Dies ist unsere Fabrik. Dort haben die Menschen ihre ganze Leben gearbeitet und werden arbeiten“.

Im letzten Monat hatte eine Initiativgruppe von Bürgern sich an das Oberhaupt der Stadtverwaltung von Charzysk Wasilij Tkatschuk mit der Bitte gewandt, sich um die nach ihren Worten ungesetzlichen Handlungen zu kümmern, die auf einen Wechsel in der Leitung der Charzysker Rohrfabrik gerichtet sind.

Ergebnis dieser Aufforderung ist die Bildung eines zeitweiligen Kommission des Volkssowjets zur Untersuchung der verbrecherischen Handlungen des Unternehmers C.W. Kurtschenko und mit ihm verbundener Strukturen auf dem Territorium der DVR.